

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt: Betriebsstörungen Streik usw. ersichtlich jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpalme Seite oder deren Raum 15 Pfa., die halbpalme Reklameseite 40 Pfa., Ausnahmungsgebühr 50 Pfa. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedeutlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Belegungsgebühr: 10.— M., das Zustell-, auszüglich Postgebühr. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, spätere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg,

das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 70

Dienstag, den 16. Juni 1931

33. Jahrg.

Bei dem von uns veranstalteten

## 13. Wettbewerb für Fensterblumenschmuck

wurden für besonders gute Leistungen durch Ueberreichung von Blumenpenden ausgezeichnet:

- Frau Arnold, Leipziger Straße 64/65,
- „ Dümcke, Markt 1,
- „ Gengel, Wittenberger Straße 36,
- „ Gerber, Burgstraße 9,
- „ Grubne, Burgstraße 4b,
- „ Jaoel, Mittelstraße 7,
- „ Jöhne, Wittenberger Straße 57,
- „ Jerner, Wittenberger Straße 34,
- „ Knaf, Gartenstraße 6,
- „ Frau Ludley, Wittenberger Straße 43,
- „ Frau Müller, Leipziger Straße 54,
- „ Schröder, Döberstraße 17,
- „ Schüge, Wittenberger Straße 45,
- „ Spieler, Markt 6,
- „ Thomas, Markt 5.

Auch die übrigen Bemühungen werden dankbar anerkannt. Alle haben zur Verschönerung unserer Stadt beigetragen. Für 1931 wird hiermit der 14. Wettbewerb ausgeschrieben. Wir bitten um rege Beteiligung. Kemberg, den 12. Juni 1931.

Der Magistrat

## Gefundene Gegenstände:

- 30. 12. 30 1 Trauring,
- 16. 2. 31 1 Handtuch,
- 30. 3. 31 1 Perle,
- 13. 4. 31 1 Automotor,
- 26. 5. 31 1 Ersatzrad für Motorräder,
- 13. 6. 31 1 Schlüsselbund.

Kemberg, den 11. Juni 1931.

Die Polizeiverwaltung.

## Unheilswangere Tage.

Neubildung des Kabinetts erwartet. — Brünings Haltung.

Nach der Besprechung des Kanzlers mit dem Abgeordneten Dingeldey wurde die Fraktionsführung der Deutschen Volkspartei fortgesetzt, die sich bis in die spätesten Nachstunden hinso und an der auch Vertreter des Parteivorstandes und der preussischen Landtagsfraktion teilnahmen. Nach eingehenden Beratungen hat die Fraktion mit Mehrheit beschlossen, für die Einberufung des Reichstages einzutreten.

### Entscheidung der D.V.P.

Diese Entscheidung wird vor allem damit begründet, daß nach ihrer Auffassung der Nation neue Kräfte nur dann zugeworfen werden könnten, wenn gleichzeitig auch entscheidende Aktionen in der Reparationsfrage erfolgten. Außerdem wird von volksparteilicher Seite betont, daß man in der vorliegenden Notlage wieder eine wirkliche Sanierung der öffentlichen Haushaltpolitik nach einer Zinsoberwindung der Wirtschaftsgewinnung zu erblicken vermöge.

Dem Reichskanzler ist zum Ausdruck gebracht worden, daß die Haltung der Deutschen Volkspartei kein Mißtrauensvotum für seine Person bedeute. Dagegen erwartet man von Dr. Brüning, daß er nunmehr zu der seit langem geforderten Neubildung des Kabinetts schreitet.

### Brünings Haltung.

Falls mit der Entscheidung der Deutschen Volkspartei im Aulsenrat des Reichstags sich eine Mehrheit für die Einberufung des Reichstages ergeben sollte, wird mit der Bekundung des Kabinetts Brüning gerechnet, da der Reichskanzler in den Parteiführerbesprechungen des Donnerstags keine Anweisung nach dieser Richtung hin schon mehrfach deutlich zum Ausdruck gebracht hat.

Der Reichskanzler fuhr am Freitagvormittag nach Meudon, um dort dem Reichspräsidenten über die gesamtpolitische Lage Bericht zu erstatten. Er wird für Sonnabendvormittag wieder in Berlin zurück erwartet, und man nimmt an, daß an diesem Tage wichtige innerpolitische Entscheidungen fallen werden.

### Meinung des Landvolks.

Wie die „Landvolks-Nachrichten“ mitteilen, steht man in Kreisen der Landvolksfraktion auf dem Standpunkt, daß vor der Entscheidung über die Wiedereinberufung des Reichstages erst Klarheit darüber geschaffen werden muß, wie die Regierung sich die weitere Behandlung der Reparationsfrage denkt.

Die Notverordnung mit ihren schwerwiegenden Opfern für weite Bevölkerungsteile ist nur dann tragbar, wenn die Gewichte dafür gegeben sind, daß nunmehr das Reparationsproblem erhofft angepaßt wird.

Im engen Zusammenhang damit steht die Frage einer Umwandlung des Reichskabinetts. Diese Umwidmung ist von der Landvolksfraktion seit den Septemberwahlen gefordert worden. Sie ist heute akuter denn je, sowohl was die Person des Reichsaussenministers anbelangt, wie auch die des Reichsfinanzministers.

### Diétrich soll gehen!

Abgesehen von den schwerwiegenden sachlichen Bedenken gegen die Politik des Finanzministers kommt noch hinzu, daß man es aus persönlichen Gründen für unmöglich hält, einen Vizeminister wie Diétrich für die Dauer im Amt zu belassen. Schon die Art und Weise, wie er die Frage der Beamtenorgansierungen behandelt hat, ist schwer erträglich.

An einem Zeitpunkt, wo für alle Kemner der Sachlage die kommende Gehaltsföhrung außer Frage stand und wo die Beamtenorgansierungen selbst bestimmt mit ihr rechnet, hat Diétrich mehrfach erklärt, ihm seien solche Pläne nicht bekannt, und er würde ihnen völlig fern.

### Die Stellung der Reichsopposition.

Selbstverständlich ist auch die Frage von ausschlaggebender Bedeutung, wie sich Deutschnationale und Nationalsozialisten zu einer Regierungsumbildung verhalten. Die letzte Rede Dr. Hugenbergs in Borna läßt zunächst noch den weitgehenden Kombinations Spielraum, da Dr. Hugenberg zwar einerseits stark die realpolitische Notwendigkeit eines Zusammengehens mit dem Zentrum erkennt, andererseits aber grundsätzlich nicht mit denen praktizieren will, die dem Youngplan zugestimmt haben. Für das eine oder andere werden sich wohl die Deutschnationalen bald entscheiden müssen.

Die „Mitteilungen der Deutschnationalen Volkspartei“ schreiben u. a.: Es ist kaum anzunehmen, daß die Sozialdemokraten sich mit einer Umbildung, die die der Sozialdemokratie noch erträglichsten Minister betrifft, etwa Bierich, Curtius, Wirth — einverstanden erklären werden. Daß die Rechte durch die Ausschließung einiger Persönlichkeiten veranlaßt werden könnte, die Regierung Brüning zu tolerieren, wird wohl selbst der größte Optimist nicht annehmen wagen.

Die Deutschnationalen haben sich eindeutig genug dahin ausgesprochen, daß nur die Ersetzung des jetzigen Kabinetts durch ein Kabinetts, das mit der Erfüllungspolitik nicht belastet ist, und eine gleichzeitige Umgestaltung der Verhältnisse in Preußen für sie die Voraussetzung zur Aufgabe der Oppositionsstellung geben könnte.

### Die Stellungnahme der Sozialdemokraten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat folgenden Beschluß gefaßt:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stellt fest, daß die neue Notverordnung eine große Anzahl von Bestimmungen enthält, die die wertigste Klasse auf das schwerste belastet. Ihre Durchführung würde eine unerträgliche Verschlechterung der Lebenshaltung des wertigsten Volkes zur Folge haben. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion war und ist bereit, zur Sicherung der sozialen Einrichtungen und zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise an der Sanierung der öffentlichen Finanzen mitzuwirken. Die neue Notverordnung hat aber durch ihre traffe Einseitigkeit, die die unteren Volksschichten auf das schwerste belastet, die größte Erregung ausgelöst. Diese Erregung ist um so berechtigter, weil die Notverordnung Eingriffe enthält, die sozial nicht gerecht, ungewöhnlich und nutzlos sind, dabei aber ungeheuer verhängnisvoll wirken.“

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion verlangt deshalb eine Änderung der Notverordnung, die den berechtigten Forderungen der breiten Massen des Volkes entspricht.

Sie hat davon Kenntnis genommen, daß der Fraktionsvorstand Verhandlungen mit der Reichsregierung aufgenommen hat, um eine durchgreifende Milderung der Notverordnung zu erreichen. Sie wird die Entscheidung über ihre weiteren Schritte von dem Ergebnis dieser Verhandlungen abhängig machen.

Deshalb verlangt sie die Fraktion auf Dienstagvormittag. In der neuen Sitzung wird sie sich entscheiden, ob sie eine Einberufung des Reichstages verlangen soll.“

### Brüning bleibt fest.

Der Reichskanzler ist, wie verlautet, nach wie vor entschlossen, auf Nichteinberufung des Reichstages zu bestehen und nötigenfalls die Konsequenzen zu ziehen, wenn gegen diesen Wunsch der Aulsenrat mit Mehrheit die Einberufung des Reichstages beschließen sollte.

Die für Sonnabend vorgesehenen Unterredungen mit den Verhandlungsführern der Wirtschaftspartei, der Christlich-Sozialen und der Staatsparteien dürften lediglich informativem Charakter haben. Am Sonnabendnachmittag über die Reichskanzler nach Hildesheim zur Tagung des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion des Zentrums

### Reichsausschuß der Volkspartei

Am Reichstags in Berlin trat — wie die Deutsche Volkspartei mitteilt — der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei zusammen. Der Parteiführer, Abgeordneter Dingeldey, erstattete einen einheitlichen Bericht über die politische Lage, wie sie seit dem Erlaß der Notverordnungen

sich gestaltet hat.

Der Reichsausschuß steht in Geschlossenheit hinter dem Parteiführer und hat zu seiner Führung volles Vertrauen.

In einer eingehenden Aussprache wurde zu den Einzelfragen Stellung genommen und über die Aufstellung der Parteiorghansierungen berichtet.

### Noch keine Klarheit.

Die Landvolksfraktion voraussichtlich für Einberufung des Reichstages. — Korrektur des volksparteilichen Beschlusses! Berlin, 13. Juni.

In Berliner politischen Kreisen erörtert man naturgemäß lebhaft die Aussichten der weiteren innerpolitischen Entwicklung. Dabei interessiert man sich besonders für die Frage, welche Entscheidung die Landvolksfraktion treffen wird. Die „Deutsche Tageszeitung“, die dem Landvolk so oft am nächsten steht, berichtet, diese Fraktion werde sich voraussichtlich sichtlich entscheiden, wie die Deutsche Volkspartei, und so sei die Einberufung des Reichstages so gut wie gewiß.

In Kreisen, die der Reichsregierung nahesteht, hält man es dagegen noch keineswegs für sicher, daß sich am Dienstag im Aulsenrat eine Mehrheit für die Parlaments einberufung ergibt. Man hofft immer noch, daß sich die Deutsche Volkspartei doch noch die Möglichkeit findet, auf die Einberufung zu verzichten.

Die Fraktion tritt am Montag erneut zusammen, um sich mit dem leichten Anlaß der Notverordnung zu beschäftigen. Es liegt nahe, daß man sich bei jeder Gelegenheit auch noch einmal über die grundsätzliche Einstellung zur Reichstags einberufung unterhält, zumal die Mehrheit für die Einberufung nur zwei Stimmen betrug; von den 21 anwendenden Abgeordneten hatten 15 für die Einberufung und 13 dagegen gestimmt.

### Bevorstehende Fraktionsentscheidungen.

Reichstagsausschuß zur Abänderung der Notverordnung? Berlin, 14. Juni.

Reichskanzler Dr. Brüning nahm nach seiner Rückkehr von Meudon die Besprechungen mit den Parteiführern wieder auf.

In Regierungskreisen beurteilt man die Lage zwar vorsichtig. Nähere Mitteilungen über die weiteren Absichten des Kanzlers wurden bisher nicht gemacht. Man betont jedoch, daß irgendwelcher Anlaß zur Nervosität nicht gegeben sei.

Reichskanzler Dr. Brüning hatte eine neue Besprechung mit den sozialdemokratischen Fraktionsführern, an der auch Reichsarbeitsminister Siegel und der Führer der Zentrumsgruppe, Dr. Saas, teilnahmen.

Es wurde dabei die Möglichkeit der Einberufung des Reichstagsausschlusses zum Zweck der Abänderung der Notverordnung erörtert, doch ist eine entscheidende Stellungnahme noch nicht erfolgt. Die Verhandlungen wurden bis zur Rückkehr des Kanzlers aus Hildesheim, am Montag früh, vertagt.

Vorher hatte Dr. Brüning Dr. Weber von der Staatspartei, Empfänger von der Christlich-Sozialen und Dreyer von der Wirtschaftspartei empfangen.

Schon in den ersten Tagen der kommenden Woche wird aller Voraussicht nach die endgültige Entscheidung über die Frage fallen, ob der Reichstag, der sich zur Zeit bis zum 13. Oktober vertagt hat, zur Besprechung der neuen Notverordnung zu einer Zwischentagung zusammenzutreten soll, die dann zweifellos einen an lebhaften Auseinandersetzungen reichen Verlauf nehmen dürfte. Bisher ist für Montagvormittag eine Sitzung der Fraktion der Wirtschaftspartei vorgesehen. Am Nachmittag treten dann zu gleicher Zeit die Reichstagsfraktionen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei zusammen. Der für Dienstagmittag in Aussicht genommenen Sitzung des Aulsenrates, der zu den Anträgen der Nationalsozialisten und der Kommunisten auf frühere Reichstags einberufung endgültig Stellung nehmen will, geben Fraktionsführungen der Sozialdemokraten, des Landvolks, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Staatspartei voraus.

An beiden Tagen wird der Kanzler, dessen Fraktion am Sonntag in Hildesheim zusammentritt, die Parteiführer zu Rückfragen über die Notverordnung empfangen, und zwar am Montagvormittag unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Hildesheim zunächst den Abgeordneten Molath, den Vorsitzenden der Fraktion der Wirtschaftspartei.

### Preussischer Landtag.

Berlin, 13. Juni.

Das Haus beschäftigt sich mit einer Anzahl von Ausschussanträgen. Abgelehnt wird entsprechend der Entscheidung des Unterrichts-ausschlusses der Deutschnationale Antrag des Staatsministeriums, in allen Schulen ein kurze Zusammenfassung der wichtigsten Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles und des Youngplans zu verteilung zu bringen.

Durchs Brandenburg Tor.

Zum Einzug der Truppen in Berlin am 16. Juni 1871.

Als die Sieger des großen Krieges 1870/71 ihren Einzug in die Hauptstadt des neuen Reiches hielten...

'Nun grüßt der Jubel dich von Millionen Aus deutscher Brust in Ost, West, Süd und Nord; Schlägt's deutsche Herz doch allen Zonen Treu seine warme Heimatslust fort...

Hierauf wurde dem Kaiser auf einem Kissen von weißem Atlas ein früherer Vorbertrag überreicht. Der Kaiser aber antwortete schlicht: 'Ich nehme den Dank, den Sie mir in dem Gebot ausgesprochen haben, an, nicht für mich, sondern für die Armee.'

Dann aber ritt der greise Kaiser zu etwa 50 vor den Magistratssträßen stehenden verwundeten Offizieren und begrüßte sie mit erstem Blick: 'Ach danke Ihnen, meine Herren, Sie haben es mir eingebracht.' Daraufhin nahm er erst die Begrüßung des Magistrats entgegen...

Der Vorbertrag der Truppen, denen voran 81 erbeutete französische Adler und Fahnen getragen wurden, dauerte fast drei Stunden, eine große Anziehungskraft für die Truppen, die schon am frühen Morgen auf dem Tempelhofer Feld Aufstellung genommen hatten...

Zum Zeichen und zur Bekräftigung der neu gewonnenen Einigkeit waren auch ein Bataillon Truppen aus den anderen deutschen Ländern für den Einzugstag in die Reichshauptstadt abgedeiht worden...

Alle Zeitungen u. Zeitschriften

lieferet frei Haus Richard Arnold. Einzug ins Elisee.

Antrittsritt des neuen französischen Staatspräsidenten. Paris, 14. Juni.

Der französische Staatspräsident Doumergue ist nach siebenjähriger Staatspräsidentenschaft in den Ruhestand getreten und übergab das höchste Amt der französischen Republik seinem Nachfolger Doumer.

sch ungeschützt zu entfallen. Abg. Dr. H e s s (Str.) wendet sich gegen die Beleidigungen des Oberhauptes der katholischen Kirche durch den Abg. Schulz-Neußölln...

Abg. R a d e r s (Soz.) erklärt für die Sozialdemokraten, daß sie sich bei der Abstimmung über den Kirchenvertrag der Stimme enthalten würden. Abg. Graf von P o l a n d o f f y (Rehrer (Volksrecht)) gibt in seinem eigenen Sinne im Namen der deutsch-volksparteilichen Abgeordneten Hallensleben, Dr. Kriege, Dr. Boehm, Eichhoff und Buchhorn...

Damit ist die Aussprache beendet. Zur dritten Lesung des Pfarrerechtsgesetzes wird das Wort nicht verlangt.

Das Haus nimmt hierauf die Abstimmungen vor. Zunächst wird über den kommunischnen Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung, der mit der Unterstützung der preußischen Regierung am dem Zustandekommen der Rotverordnung begründet ist, abgestimmt.

Es folgt die Abstimmung über den kirchlichen Vertrag. Die namentliche Schlußabstimmung ergibt 202 Stimmen für den Vertrag, 54 Stimmen der Kommunisten, Nationalsozialisten und einzelner Abgeordneter aus anderen Parteien dagegen bei 105 Stimmenthalungen der Sozialdemokraten.

Zur Geschäftsordnung beantragt Abg. S o b o t t k a (Komm.), den Antrag seiner Freunde, der die Regierung ersucht, den Vertrag in Oberhiesien an die Ober-Stützen H. G. zu verhindern, weil andernfalls eine Stilllegung der Hüften und Entlassung der Arbeiter zu besorgen sei...

Am 13.30 Uhr verlagt sich das Haus auf Dienstag, den 7. Juli, 13 Uhr: Siedlungsgefetze und Anträge über Anwesenheitsabden

Revirement im A. A.

Veränderungen in der deutschen Diplomatie.

Berlin, 14. Juni.

Der deutsche Gesandte in Athen, von Kardorff, und der deutsche Gesandte in Peking, von Borch, sowie der Generalkonsul Hellwig in Antwerpen sind zur Disposition gestellt worden. In Stelle des vom Gesandten in Wien ernannten früheren Botschafters Wietz ist der Vortragende Legationsrat Forster zum Auswärtigen Amt zum Botschaftsrat bei der Botschaft in Paris ernannt.

Diskonterhöhung um 2 Prozent.

Berlin, 14. Juni.

Die Reichsbank hat mit Wirkung ab 13. Juni den Bankdiskont um 2 Prozent von 5 auf 7 Prozent und den Lombarddiskont von 6 auf 8 Prozent erhöht.

Die beiden Freundinnen gingen, leise, aber angeregt plaudernd, durch die verschiedensten Wege des inmitten Berlins gelegenen Tiergartens.

Ein prächtiges Bild bot der Tiergarten in seinem winterlichen Kleide. Auf den Wiesen und Zweigen der Bäume lag der Schnee und glitzerte in der Sonne, als wäre er mit Diamanten bestreut.

'Wagene es nicht länger, Ja,' sagte leise die kleinere der beiden. 'Alle Welt sieht und weiß es, daß der Regierungsbaumeister Bruchhausen dir eifrig den Hof macht, und vorgetern auf der Gesellschaft bei Stettens.'

'Ich bitte dich, Thea, auf welche törichten Gedanken kommst du nur!' antwortete sie die mit Jia Angeredete, indem eine dunkle Glut in ihre, von der Kälte ögnehin geröteten Wangen flog.

'Du täuschst dich,' 'Nein, ich täusche mich nicht, ich habe es genug beobachtet und jeder — auch michgenommen, daß ein gewisses Fräulein Isabella Petrus dießen Hudigungen gegenüber sehr kühl blieb, Du bist wirklich eine Geistesgenugfrau mit einem Herzen von Stein und Eis.'

'Ja schwieg eine Weile und ging, den Blick zu Boden geneigt, gedankenvoll neben der Freundin her. Dann hob sie ihn mit jähem Entschluß.

'Nein, sie lassen mich nicht kalt — ich will dir auch gestehen, daß sie nicht ohne Eindruck auf mich geblieben sind, ebenso seine ganze Persönlichkeit. Seine Auszeichnung

Gegen Sozialdemokraten und Kommunisten findet ein Antrag Annahme, der verlangt, daß an der neunjährigen Unterrichtsdauer bei den höheren Schulen und an der Reifeprüfung festgehalten wird.

Ohne Ansprache befaßte das Haus Anträge des Landwirtschaftsausschusses auf Erhöhung bestimmter Holzpreise und auf Einführung eines Verwendungszwanges für inländisches Papierholz.

Es folgt die Beratung eines Antrages des Landwirtschaftsausschusses, der das Staatsministerium ersucht Schritte bei der Reichsregierung zu unternehmen, um in Zukunft jede Brotpreiserhöhung zu verhindern und bereits eingetretene Brotpreiserhöhungen rückgängig zu machen.

Der Antrag wird mit den Stimmen der Rechten und des Zentrums an den Landwirtschaftsausschuß zurückverwiesen.

Gegen die Antisparteien wird ein deutschnationaler Antrag angenommen, der verlangt, daß dem Weizenmehl 20 Prozent Roggenmehl beigegeben werden, die Bezugspflicht von Exportmehl als Preislohn in Höhe von 10 Prozent durchgehoben und die Weizenmehl-Einfuhrzölle abgehoben wird.

Der Antrag des Rechtsausschusses, den deutschnationalen Antrag auf Vollstreckung des Todesurteils gegen Strien abzulehnen, wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Staatspartei und der Kommunisten gegen die übrigen Parteien befalligt.

Angenommen wird der Antrag des Rechtsausschusses, der das Staatsministerium ersucht, unmittelbar und durch Einwirkung auf die Reichsregierung den Bau einer Eisenbahn für Langenmünde mit allen verfügbaren Mitteln zu fördern. Ferner wird die Regierung ersucht, zu veranlassen, daß in das von der Reichsregierung aufzuführende Arbeitsbeschaffungsprogramm die Errichtung der Ostbarr-Zollgrenzen aufgenommen wird.

Die Anträge sind schließlich noch ein Antrag, wonach die Mittel für die Reichsanstalt in Ansehung der Postel zu etwa als nur möglich herabgedrückt werden sollen. Von allen entwerfenden Repräsentationen soll abgesehen und in entsprechendem Sinne auf die Gemeinden und Gemeinverbände eingewirkt werden.

An der Sonnabendtagung stehen die dritte Beratung des Kirchenvertrages und die Abstimmung über den kommunischnen Mißtrauensantrag gegen das Staatsministerium auf der Tagesordnung.

Berlin, 14. Juni.

Nach Erledigung kleinerer Vorlagen beginnt der Landtag die dritte Beratung des Gesetzesentwurfes über den Staatsvertrag mit den evangelischen Landeskirchen. Abg. Dr. H e s s (Str.) erklärt die Zustimmung seiner Fraktion mit dem Hinweis darauf, daß nach dem katholischen Kontrakt nunmehr dieser Staatsvertrag die staatsrechtliche Gleichstellung der evangelischen Landeskirchen bringe.

Als der Redner im weiteren Verlauf seiner Ausführungen den isolierten Charakter des letzten Landtagsbeschlusses mit dem Ausdruck 'Zunehmende Fremdheit und Heuchelei' belegt, wird er vom Präsidenten barfies gerügt. Im Zentrum macht sich starke Erregung bemerkbar. Mehrere Kommunisten dringen gegen die Bänke des Zentrums vor, Zentrumsabgeordnete kommen ihnen entgegen, und es drohen Tätlichkeiten. Dem Präsidenten gelingt es mit Anordnung schärferer Ordnungsmaßnahmen, die Ruhe wiederherzustellen.

Als hierauf der Führer der nationalsozialistischen Gruppe im Landtag, Abg. Rube, das Wort nimmt, wird er besonders von der äußersten Linken mit stürmischen Zurufen empfangen, da sie für die Zustimmung der NSDAP, im Reichstag auch die Nationalsozialisten im Landtag sich absolut passiv verhalten haben. Abg. R u b e (Nat.-Soz.) führt aus, daß seine Freunde den Staatsvertrag ablehnen würden, weil sie kein Vertrauen zu seiner Durchführung durch die gegenwärtige Regierung hätten und weil sie es für unter der Würde der Kirche hielten, daß die evangelische Kirche sich unter die Kontrolle von marxistischen Machthabern gebehe.



Roman von Elisabeth Borchardt

In einem sonnenhellten Januarnachmittag schritten zwei junge Mädchen in Richtung zum Hauptplatz in Berlin dem Tiergarten zu. Sie trugen Schiffschmuck am Arm und hatten somit wohl die Absicht, dem Sport des Schiffschiffauslaufs am dem Reuen See zu huldigen.

Die frische Winterluft hatte ihre Wangen gerötet, und es erhellte den Reiz der jugendlichen Gesichter. Die Vorübergehenden warfen wohlwollende Blicke hinüber, die aber von den sich eifrig Unterhaltenden nicht bemerkt wurden. Sie standen beide in dem blühenden Alter von achtzehn bis neunzehn Jahren, und ihre Kleidung sowie ihre Haltung verriet, daß sie den ersten Gesellschaftsreisen angehörten. Aber dennoch war ein unzerbrechlicher Unterschied zwischen beiden.

Die eine, etwas kleinere, junge Dame war hellblond und nicht eigentlich hübsch, doch der muntere, feste Ausdruck, der in Augen und Jügen lag, machte das Gesicht lebenswetter. Sie war fast noch überflüssig wie ein Bodenschiff und schien sehr lebhaften Temperaments zu sein.

Die andere dagegen gehörte zu denen, die man einmal gesehen, so leicht nicht wieder vergessen kann. Sie war größer und kräftiger gebaut, und in ihren Gesichtszügen, ihrer Haltung und ihren Bewegungen lag eine natürliche Anmut, eine gesunde, ursprüngliche Kraft ausgedrückt. Das feine, geistvolle Gesicht, das dunkle Haar umrahmte, hatte einen selbstbewußten Teint, der zu den lebhaftesten Farben der Wangen einen angenehmen Gegensatz bildete. Die gerade nicht zu kleine Nase, der schon geformte Mund und die dunklen, tiefen Augen, die sich nicht ohne Mühe zu einem anmutigen Bild, der Ausdruck in den Augen zeigte zuweilen einen über ihr Alter hinausgehenden Ernst, zuweilen aber den ganzen Lebensmut, die Lebenslust, die ganze begeisterungsfähige Seele der Jugend.



Arbeitslosigkeit vielleicht noch vor dem Inkrafttreten der Arbeitslosenversicherung einbringen muß. Eine weitere Befestigung kann den Gemeinden auferlegt werden durch die Verpflichtung, den Personen, welche den neugeschaffenen freiwilligen Arbeitsdienst ausüben, Unterkunft und Verpflegung zu gewähren. Eine Entschädigung hierfür ist nicht festgelegt. Gefährlich kann den Gemeinden auch die dem Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung auferlegte Verpflichtung werden, zur Sicherstellung des Ausgleichs des Etats der Reichsanstalt eine weitere Verfürgung über die Dauer der Arbeitslosenunterstützung anzuordnen, d. h. die gemeindliche Wohlfahrtspflege noch früher mit der Fürsorge für die Arbeitslosen zu belasten. Auch die Rollen der Kommunen für die Wohlfahrtspflege, von der die Gemeinden 20 Prozent zu tragen haben, müssen von den Gemeinden in monatlichen Vorberichten an die Reichsanstalt gezeichnet werden. Viele Gemeinden werden zu diesem Zweck Kredite aufnehmen müssen, da die Abrechnungen von den Arbeitsämtern bisher sehr langsam eingereicht wurden.

Einen recht oberflächlichen Charakter tragen die Bestimmungen der Notverordnung, die sich mit der Verteilung der obengenannten 60 Millionen RM auf die Gemeinden befassen. Voraussetzung für die Zuteilung der Mittel an die städtischen und ländlichen Bezirksfürsorgeverbände sind: 1. daß alle Steuern eingezahlt sind, 2. daß die Haushalte für die allgemeine Fürsorge nicht zu hoch sind, 3. daß die Haushaltsrechnung durch eine unabhängige Stelle regelmäßig geprüft wird, 4. daß die Ausgabenminderungen den Grundbesitz der Sparjamieit entspricht und die Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter nicht günstiger geregelt sind als bei den gleichen Kategorien im Reich. An den Besätzen der Gemeindearbeiter, die tariflich geregelt sind, können die Gemeinden überhaupt nichts ändern. Diese Bestimmung steht auf dem Kopf. Die Tarife sind nach Schiedspruch und Verbindlichkeitsklärung festgelegt. Der Gesetzgeber müßte also zu nächst die Tarife der Gemeindearbeiter aufheben, damit überhaupt erst die Gemeinden die Möglichkeit haben, die Arbeitslosen denen der Reichsarbeiter anzugleichen.

Es würde den Rahmen dieser stichwortartigen Darstellung wesentlich überschreiten, wollte man alle kommunalpolitischen Fehlerquellen der Notverordnung registrieren. Zum Schluß daher nur noch der Hinweis darauf, daß neben der Haussteuer uns wohl noch eine W o h n z u m f a s s e u e r e rlassen wird. Diese Steuer, die fast an die Fenstersteuer des französischen Ludwig erinnert, kann vor den Händen eingeführt werden, wenn die Zinszuschüsse für die Neubauten nicht ausreichen. Da die Zinszuschüsse aus den Rückflüssen der Haussteuer gespeist und gewährt werden, um die in den Reichsgrundlagen für den Kleinwohnungsbau oorgezeichnete Miethöhe einhalten zu können, wird infolge des Rückganges der Haussteuer-Erträge auch ein Rückgang dieser Zinszuschüsse befürchtet.

Für diese Fälle können die Länder eine Wohnraumsteuer einführen. Ueber die Notwendigkeit der Einführung entscheidet die eigene Organisation der Länder, nämlich der Reichsrat. Die Einführung dieser neuen Steuer findet bis zum 1. Oktober im 6. Teil der Notverordnung unter der harmlosen Bezeichnung Kapitel 1 Zinszuschüsse. Kommentar hierzu ist überflüssig; er liegt in dem Steuerabgabungsprogramm der Reichsregierung vom 1. Oktober 1930. H.

### Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten am 12. Juni 1931.

Anwesend sind 4 Magistratsmitglieder und 10 Stadtverordnete.

1. Verlesen der letzten Niederschrift. Diese wird ohne Einwendungen genehmigt.

2. Mitteilungen: a) Auf das Besuch des Magistrats, von der Verlegung des Telegraphen-Bauwerks Abstand zu nehmen, teilt die Oberpostdirektion mit, daß aus wirtschaftlichen und bautechnischen Gründen die Verlegung erfolgen muß, b) von den Verhandlungen der Städtischen Bauverwaltung. Es wurden geboten für die Bergweger Straße von Walter Kunert 11,50 RM und für die Schmiedeburger Straße von Ernst Heinrich 14,50 RM. Der Zuschlag wird erteilt.

3. Beihilfe für den Feibe-Verein. Zur Durchführung einer Werbeaktion für den Feibe-Verein hat der Feibe-Verein eine Beihilfe gebeten, für die der Magistrat 100 RM vorschlägt. Stv. Richter spricht sich gegen die Bewilligung aus, denn es ginge nicht, daß einem Verein, der faum ein Vierteljahr besteht, eine Beihilfe gewährt wird, andere Vereine bekämen auch nichts. (Beifall der sehr zahlreich vertretenen Zuhörer.) Sen. Schäfer erläutert, daß diese 100 RM durchaus nicht für Vergütungszwecke verwendet werden sollen, sondern als Mittel, Kemberg außerhalb der Stadt zu machen, Verkehr nach Kemberg zu ziehen, durch den die Einwohner wieder Nutzen haben. Stv. Rat erwidert dem Stv. Richter, daß es leicht ist, zu sagen, wir lehnen ab. Er möge sich doch einmal die Verhältnisse in Vergleich, Schmiedeburg. Aden ansehen, welchen Nutzen die Einwohner durch die Verkehrsverbesserung haben, wieviele Einwohner haben Verdienst durch Zimmervermietungen. Das alles läßt sich nicht aus dem Kermel schütteln. Wer etwas einnehmen will, der muß auch etwas ausgeben, das ist ein altes Sprichwort; vom Nehmen allein ist nichts anzufangen. Die 100 RM sind bestimmt nicht zum Fenster hinausgeworfen. Von der Veranlagung werden 100 RM zur Verkehrsverbesserung durch die Stadt bewilligt.

4. Neuregelung des Anschlagwensens. Der Magistrat bringt noch einmal die zurückgestellte Vorlage, um deren Annahme Beigeordneter Kolbe bittet. Stv. Rat und Stv. Richter vermissen die Beantwortung der in der letzten Beratung gestellten Fragen über Bewässerung in anderen Städten. Stv. Hamann lehnt die Vorlage ab, da dadurch eine Belastung der Einwohner eintritt, die Werbung durch Plakate usw. vornehmen. Die Vorlage wird daraufhin abgelehnt.

5. Bauarbeiten an den städtischen Gebäuden. Die Vorlage kommt dem Stv. zur Kenntnisnahme mit dem Ersuchen, die erforderlichen Mittel bei ev. Etatüberführung zu bewilligen. Für die Schule kommt zum planmäßigen Ausbau eine besondere Vorlage. Von den Stv. wird bemängelt, daß alle Positionen so niedrig eingelegt seien, daß ein praktisches Arbeiten damit kaum möglich sein wird. Von der Versammlung wird die Genehmigung erteilt, da es sich nur um kleine Ausbesserungen handelt.

6. Entlastung des Rechnungsführers. Für die Rechnung des Heimatfestes wird dem Rechnungsführer Entlastung erteilt.

7. Kenntnisnahme von Rassenprüfungen. Die Sparkasse und Kammereasse sind geprüft und Beanstandungen nicht erfolgt.

8. Aufgehals der Tagesordnung bringt Stv. Ludley einen Antrag der Erwerbslosen zur Kenntnis, dessen wörtliche Verlesung er wegen der darin enthaltenen unparlamentarischen Ausdrücke ablehnt. Gefordert werden darin:

1. Einrichtung einer Volkshöhe für die Erwerbslosen,
2. Weitere Bereitstellung von Mitteln, damit die Kinder der Erwerbslosen die erforderlichen Lernmittel bekommen können.
3. Freizeitebene für alle Bedürftigen und berenszuoer für alle Tage.
4. Für jeden Erwerbslosen ohne Prüfung der Bedürftigkeit eine Volkshöhe und zwar unberühretete 35.-RM, Berühretete 50.-RM, jedes Kind 15.-RM ohne irgendwelche Abzüge für rückständige Steuern und Mieten und dergl.,
5. Erhöhung der laufenden Bezüge für Wohlfahrtsempfänger,
6. Arbeitsbeschaffung durch Straßenbau.

Diese Unterlegung ist auszudehnen auf alle Arbeitsinvaliden und Kleinrentner. Unterschrieben ist der Antrag von den Erwerbslosen Seling, Quinque, Braunsdorf, Wilhelm Müller und Klundt. Ein gleicher Antrag liegt vor von dem Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Rentner, Ortsgruppe Kemberg.

Stv. Quinque schildert die Not der Erwerbslosen, die bisher vom Bürgermeister mit der Ausrede, es seien keine Mittel vorhanden, abgepeist wurden. Es sei unbedingt notwendig, sich mit dem Problem Arbeitsbeschaffung zu beschäftigen, weiterhin führt er die Verhältnisse in Gräfenhainichen an, zu deren Auswirkung es auch in Kemberg kommen könne. Seine Partei verurteilt diese Geschehnisse, die aber aus der Erregung zu bemerken seien. Er fordert als nächste Straßenarbeit das Leeren der Schmiedeburger Straße, da sich mit den Pflasterarbeiten am Bahnhof wohl keine Arbeitslose beschäftigen werden. Während dieser Ausführung erdorten von den Zuhörern Zwischenrufe, die der Stv. W. Ludley beantwortet und bei Fortwahren derselben die Schließung der Sitzung in Aussicht stellt.

Sen. Schäfer nimmt zu dem Antrag über Straßenbau das Wort. Er hat geglaubt, daß sich der Stv. Quinque mit der Angelegenheit mehr vertraut gemacht hätte als Antragsteller. Der eingebrachte Antrag auf Leeren der Schmiedeburger Straße würde bei sehr hohen Kosten keine Einstellung von Arbeitslosen notwendig machen. Die Beträge würden lediglich für Material ausgegeben werden. Zu Frage kommt nur eine Arbeit, bei der wenig Material, aber viel Hände gebraucht werden. Ein solcher Vorschlag sei aber vom Stv. Quinque nicht gemacht. Stv. Rat erklärt, daß über die Not nicht mehr geredet werden braucht die spur jeder. Aber lo ohne weiteres über diesen Antrag zu beschließen ginge nicht, da der Magistrat erst zu diesem Stellung nehmen müsse. Bei dieser Feststellung greifen die Zuhörer mit Zurufen in die Verlesung ein. Stv. Rat erklärt, daß er sich durch die Zurufe durchaus nicht beirren ließe, sondern das mache, was er für richtig hielt. Er schlägt vor, dem Magistrat 10 000 RM für Quantifizierung von Straßenbauern zur Verfügung zu stellen. Durch die sich steigende Unruhe und wiederholte Zwischenrufe sieht Stv. W. Ludley veranlaßt, die Sitzung zu schließen. Nach Schluß der Sitzung dauerten die Kundgebungen vor dem Rathaus an.

**Dienstag abends 8 1/2 Uhr Bibelstunde**  
im Bürgeraal.  
Prediger Weßermann-Bittenberg.  
Hierzu wird herzlich eingeladen.

**Dienstag früh 7 Uhr**  
**Speckfuchen**  
bei **Ernst Berndt**  
**Riesenspörgel**  
Alterspörgel  
Buchweizen  
Bottelwiden  
Weißerübenfaat  
empfiehlt **S. G. Glaubig**  
**Frischmilchende Kuh**  
oder  
**hochtragende Färsen**  
verkauft **Schente, Gniest**

**Zahn-Atelier**  
**Fr. Genzel**  
Dentist.  
Vollst. schmerzlinderndes Zahnziehen  
Plombieren in Gold, Silber und Kupferamalgam  
Anfertigung künstlicher Zähne in Kautschuk, Gold u. unedlen Metallen, sowie Kronen, Brückenarbeiten und Stützähne.  
Reparaturen werden schnellstens ausgeführt.

**Frische Fische - Gute Fische**  
**Dienstag früh**  
**Seefische**  
lebendliche  
in Eispackung  
allerbilligst  
B. Bierhichte  
Prima frisches fettes  
**Rindfleisch**  
frische Leber u. Flecke  
empfiehlt **Willy Räh**  
Prima frisches  
**Rind- und Hammelfleisch u. frische Flecke**  
empfiehlt  
**Ernst Bachmann**

**Kinder-Spielanzüge**  
**Wochenend-Schürzen u. -Kleider**  
vorgezeichnet, angefallen, fertig gestickt und fertig genäht empfiehlt in allen Größen, weiß und farbig  
**Richard Arnold :: Kemberg**  
Markt 3 . . . Markt 3

**Feinste Matjes-Seringe**  
2 Stück 15 Pf.  
**Salzheringe**  
**Bratheringe**  
1 Ltr. Dose spottbillig 56 Pfennig  
empfiehlt **S. G. Glaubig**

Prima junges fettes  
**Rind- und Hammelfleisch**  
frische Flecke  
empfiehlt  
**Rich. Krausemann Nachf.**  
Inh. Heinrich Schneider

**Fliegenfänger** sind wieder vorrätig bei **Richard Arnold.**

Wir danken allen, die uns beim Begräbnis unseres lieben Entschlafenen, des Landwirts

## Albert Nitzsche

durch Schrift und Kranzspenden ihre Teilnahme bezeugten. Besonders danken wir dem Krieger- und Landwehr-Verein für das Ehrengeliet, Herrn Propst Bertram für seine tröstenden Worte und Herrn Kantor Padra nebst Schulkindern für den Gesang.

**Die trauernden Hinterbliebenen**

**Magdeburger**  
**Pferde- und Auto-Lotterie**  
**Ziehung beginnt nächsten Montag**  
**Einzel-Los 1 RM.** **Doppel-Los 2 RM.**  
16632 Gewinne und 2 Prämien im Werte von **RM. 60000**  
Sämtliche Lose, die in der Vorziehung nicht gewonnen haben, sind ohne Nachzahlung auch für die Hauptziehung gültig.  
Auf Wunsch Auszahlung bei Gewinnen über 2,- Mark mit 90 % in barem Gelde.  
**40. Zerbster Pferdemarkt-Lotterie**  
**Ziehung unwiderruflich am 18. August**  
**Vorzügliche Gewinnchancen**  
**3600 Gewinne und 1 Prämie**  
Wert der Gewinne: **100000 RM**  
Lose zu **3 RM** zu beziehen durch  
**Richard Arnold, Buchhandlung**

**Eine Glucke mit Küden**  
zu verkaufen  
**Wittenberger Straße 44**  
**Spielkarten**  
empfiehlt **Richard Arnold**  
**Wohnung**  
zu vermieten **Markt 11**  
**Wohnhaus**  
mit Seitengebäude u. Stallungen, alles massiv, sowie Obst- und Gemüsegarten ist preiswert zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold, Kemberg — Fernsprecher Nr. 203

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: "Landmanns Sonntagsblatt" und "Illustriertes Unterhaltungsblatt". / Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückschlus des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Zeitspaltzeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Reklamespaltzeile 40 Pfg., Ausnahmgebühren 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedingt geschriebener oder durch Fernsprecher ausgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühren: 10.— M., das Laubend, zusätzlich Postgebühren. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, spätere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 70

Dienstag, den 16. Juni 1931

33. Jahrg.

Bei dem von uns veranstalteten

## 13. Wettbewerb für Fensterblumenschmuck

wurden für besonders gute Leistungen durch Ueberreichung von Blumenpreisen ausgezeichnet:

- Frau Arnold, Leipziger Straße 64/65,
- " Dämische, Markt 1,
- " Genzel, Wittenberger Straße 36,
- " Gerber, Burgstraße 9,
- " Grubbe, Burgstraße 4b,
- " Haack, Mittelstraße 7,
- " Hähne, Wittenberger Straße 57,
- " Jerner, Wittenberger Straße 34,
- " Knat, Gartenstraße 6,
- " Frei Luden, Wittenberger Straße 43,
- " Frau Müller, Leipziger Straße 54,
- " Schröder, Döberstraße 17,
- " Schüge, Wittenberger Straße 45,
- " Spieler, Markt 6,
- " Thomas, Markt 5.

Auch die übrigen Vermählungen werden dankbar anerkannt. Alle haben zur Verschönerung unserer Stadt beigetragen. Für 1931 wird hiermit der 14. Wettbewerb ausgeschrieben. Wir bitten um rege Beteiligung. Kemberg, den 12. Juni 1931.

Der Magistrat

## Gefundene Gegenstände:

- 30. 12. 30 1 Trauring,
- 16. 2. 31 1 Gantoffen,
- 30. 3. 31 1 Peitsche,
- 13. 4. 31 1 Automotorzeug,
- 26. 5. 31 1 Ersatzrad für Motorräder,
- 13. 6. 31 1 Schlüsselbund.

Kemberg, den 11. Juni 1931.

Die Polizeiverwaltung.

## Unheilswangere Tage.

Neubildung des Kabinetts erwartet. — Brünings Haltung.

Nach der Besprechung des Kanzlers mit dem Abgeordneten Dingeldey wurde die Fraktionsführung der Deutschen Volkspartei fortgesetzt, die sich bis in die späten Nachmittunden hinzog und an der auch Vertreter des Parteivorstandes und der preussischen Landtagsfraktion teilnahmen. Nach eingehenden Beratungen hat die Fraktion mit Mehrheit beschlossen, für die Einberufung des Reichstages einzutreten.

### Entscheidung der D.V.P.

Diese Entscheidung wird vor allem damit begründet, daß nach ihrer Auffassung der Nation neue Kräfte nur dann zugewidmet werden könnten, wenn gleichzeitig auch entscheidende Kräfte in der Reparationsfrage erfolgten. Außerdem wird von volksparteilicher Seite betont, daß man in der vorliegenden Notverordnung weder eine wirkliche Sanierung der öffentlichen Haushaltswirtschaft noch eine Anbahnung der Wirtschaftseinstellung zu erblicken vermöge.

Dem Reichskanzler ist zum Ausdruck gebracht worden, daß die Haltung der Deutschen Volkspartei kein Mißtrauensvotum für seine Person bedeute. Dagegen erwarte man von Dr. Brüning, daß er nunmehr zu der seit langem geforderten Neubildung des Kabinetts schreite.

### Brünings Haltung.

Falls mit der Entscheidung der Deutschen Volkspartei im Aulsenrat des Reichstages sich eine Mehrheit für die Einberufung des Parlaments ergeben sollte, wird mit der Bekandmachung des Kabinetts Brüning gerechnet, da der Reichskanzler in den Parteiführerbesprechungen des Donnerstages keine Zustimmung nach dieser Richtung hin schon mehrfach deutlich zum Ausdruck gebracht hat.

Der Reichskanzler fuhr am Freitagvormittag nach Meudon, um dort dem Reichspräsidenten über die gesamtpolitische Lage Bericht zu erstatten. Er wird für Sonntagabendvormittag wieder in Berlin zurück erwartet, und man nimmt an, daß an diesem Tage wichtige innerpolitische Entscheidungen fallen werden.

### Meinung des Landvolks.

Wie die „Landvolks-Nachrichten“ mitteilen, steht man in Kreisen der Landvolksfraktion auf dem Standpunkt, daß vor der Entscheidung über die Wiederberufung des Reichstages erst Klarheit darüber geschaffen werden muß, wie die Regierung sich die weitere Behandlung der Reparationsfrage denkt.

Die Notverordnung mit ihren schwerwiegenden Opfern für weite Bevölkerungsteile ist nur dann tragbar, wenn die Gewähr dafür gegeben wird, daß nunmehr das Reparationsproblem ernsthaft angepackt wird.

Am engen Zusammenhang damit steht die Frage einer Umwandlung des Reichskabinetts. Diese Umwidmung ist von der Landvolksfraktion seit den Septemberwahlen gefordert worden. Sie ist heute akuter denn je, sowohl was die Person des Reichsaussenministers anbelangt, wie auch die des Reichsfinanzministers.

### Diétrich soll gehen!

Abgesehen von den schwerwiegenden sachlichen Bedenken gegen die Politik des Finanzministers kommt noch hinzu, daß man es aus persönlichen Gründen für unmöglich hält, einen Vizelandvolksführer wie Diétrich auf die Dauer im Amt zu belassen. Schon die Art und Weise, wie er die Frage der Beamtengehaltsföhrungen behandelt hat, ist schwer erträglich.

In einem Zeitpunkt, wo für alle Kemner der Sachlage die kommende Gehaltsföhrung außer Frage stand und wo die Beamtenorganisationen selbst bestimmt mit ihr rechnen, hat Diétrich mehrfach erklärt, ihm seien solche Pläne nicht bekannt, und er würde ihnen völlig fern.

### Die Stellung der Reichsopposition.

Selbstverständlich ist auch die Frage von ausschlaggebender Bedeutung, wie sich Deutschnationale und Nationalsozialisten zu einer Regierungsumbildung verhalten. Die letzte Rede Dr. Hugenbergs in Borna läßt zunächst noch den weitgehendsten Kombination Spielraum, da Dr. Hugenberg zwar einerseits stark die realpolitische Notwendigkeit eines Zusammengehens mit dem Zentrum erkennt, andererseits aber grundsätzlich nicht mit denen praktizieren will, die dem Youngplan zugestimmt haben. Für das eine oder andere werden sich wohl die Deutschnationalen bald entscheiden müssen.

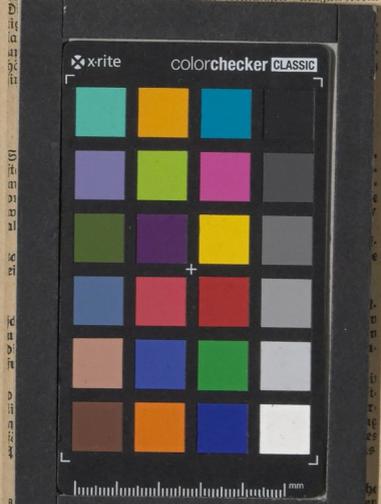
Die „Mitteilungen der Deutschnationalen Volkspartei“ schreiben u. a.: Es ist kaum anzunehmen, daß die Sozialdemokraten sich mit einer Umwidmung, die die der Sozialdemokratie noch erträglichsten Minister betrifft — etwa Diétrich, Curtius, Wörlch — einverstanden erklären werden. Daß die Rechte durch die Auswechslung einiger Persönlichkeiten veranlaßt werden könnte, die Regierung Brünning zu tolerieren, wird wohl selbst der größte Optimist nicht annehmen wagen.

Die Deutschnationalen haben sich eindeutig genug dahin ausgesprochen, daß nur die Ersetzung des jetzigen Kabinetts durch ein Kabinetts, das mit der Erfüllungspolitik nicht befaßt ist, und eine gleichzeitige Umgestaltung der Verhältnisse in Preußen für sie die Voraussetzung zur Aufgabe der Oppositionsstellung geben könnte.

### Die Stellungnahme der Sozialdemokraten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat folgenden Beschluß gefaßt:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stellt fest, daß die neue Notverordnung eine große Anzahl von Bestimmungen enthält, die die wertigste Masse auf das allerschwerste belastet. Ihre Durchführung würde eine unerträgliche Verschlechterung der Lebenshaltung des wertigsten Volkes zur Folge haben. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion war und ist bereit, zur Sicherung der sozialen Einrichtungen und zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise an der Sanierung der öffentlichen Finanzen mitzuwirken.“



Die farbige Lage, wie sie seit dem Erlaß der Notverordnungen

sch gestaltet hat.

Der Reichsausschuß steht in Geschlossenheit hinter dem Parteiföhrer und hat zu seiner Föhrung oolles Vertrauen.

In einer eingehenden Aussprache wurde zu den Einzelfragen Stellung genommen und über die Aufstellung der Parteiorganisationen berichtet.

### Noch keine Klarheit.

Die Landvolksfraktion vorausichtlich für Einberufung des Reichstages. — Korrektur des volksparteilichen Beschlusses! Berlin, 13. Juni.

In Berliner politischen Kreisen erörtert man naturgemäß lebhaft die Aussichten der weiteren innerpolitischen Entwicklung. Dabei interessiert man sich besonders für die Frage, welche Entscheidung die Landvolksfraktion treffen wird. Die „Deutsche Tageszeitung“, die dem Landvolk am nächsten steht, berichtet, diese Fraktion werde sich voraussichtlich ähnlich entscheiden, wie die Deutsche Volkspartei, und so sei die Einberufung des Reichstages so gut wie gewiß.

In Kreisen, die der Reichsregierung nahestehen, hält man es dagegen noch keineswegs für sicher, daß sich am Dienstag im Aulsenrat eine Mehrheit für die Parlaments einberufung ergibt. Man hofft immer noch, daß sich die Deutsche Volkspartei doch noch die Möglichkeit findet, auf die Einberufung zu verzichten.

Die Fraktion tritt am Montag erneut zusammen, um sich mit dem sachlichen Inhalt der Notverordnung zu beschäftigen. Es liegt nahe, daß man sich bei dieser Gelegenheit auch noch einmal über die grundsätzliche Einteilung zur Reichstags einberufung äußert, zumal die Mehrheit für die Einberufung nur zwei Stimmen betrug; von den 21 anwesenden Abgeordneten hatten 15 für die Einberufung und 13 dagegen gestimmt.

### Bevorföhernde Fraktionsentscheidungen.

Reichstagsausschuß zur Abänderung der Notverordnung? Berlin, 14. Juni.

Reichskanzler Dr. Brüning nahm nach seiner Rückkehr von Meudon die Besprechungen mit den Parteiföhrern wieder auf.

In Regierungskreisen beurteilt man die Lage ungünstig. Nähere Mitteilungen über die weiteren Absichten des Kanzlers wurden bisher nicht gemacht. Man betont jedoch, daß irgendwelcher Anlaß zur Notroklaf nicht gegeben sei.

Reichskanzler Dr. Brüning hatte eine neue Besprechung mit den sozialdemokratischen Fraktionsföhrern, an der auch Reichsarbeitsminister Siegelmann und der Föhrer der Zentrumspartei, Dr. Kaas, teilnahmen.

Es wurde dabei die Möglichkeit der Einberufung des Reichstagsausschusses zum Zweck der Abänderung der Notverordnung erörtert, doch ist eine entscheidende Stellungnahme noch nicht erfolgt. Die Verhandlungen wurden bis zur Rückkehr des Kanzlers aus Hildesheim, am Montag früh, vertagt.

Vorher hatte Dr. Brüning Dr. Weber von der Staatspartei, Simpendörfer von der Christlich-Sozialen und Drewitz von der Wirtschaftspartei empfangen.

Schon in den ersten Tagen der kommenden Woche wird aller Voraussicht nach die endgültige Entscheidung über die Frage fallen, ob der Reichstag, der sich zur Zeit bis zum 13. Oktober vertagt hat, zur Besprechung der neuen Notverordnung zu einer Zwischentagung zusammenzutreten soll, die dann zweifellos einen an lebhaftesten Auseinandersetzungen reichen Verlauf nehmen dürfte. Bisher ist für Montagvormittag eine Sitzung der Fraktion der Wirtschaftspartei vorgelesen. Am Nachmittag treten dann zu gleicher Zeit die Reichstagsfraktionen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei zusammen. Der für Dienstagmittag in Aussicht genommene Sitzung des Aulsenrates, der zu den Anträgen der Nationalsozialisten und der Kommunisten auf frühere Reichstags einberufung endgültig Stellung nehmen will, geben Fraktionsführungen der Sozialdemokraten, des Landvolks, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Staatspartei voraus.

An beiden Tagen wird der Kanzler, dessen Fraktion am Sonntag in Hildesheim zusammentritt, die Parteiföhrer zu Rückfragen über die Notverordnung empfangen, und zwar am Montagvormittag unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Hildesheim zunächst den Abgeordneten Molath, den Vorsitzenden der Fraktion der Wirtschaftspartei.

### Preussischer Landtag.

Berlin, 13. Juni.

Das Haus beschäftigt sich mit einer Anzahl von Ausschüssen. Abgelehnt wird entsprechend der Entscheidung des Interdisziplinärschusses der deutschnationale Antrag der Staatsministerien erlaube, in allen Schulen ein kurze Zusammenfassung der wichtigsten Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles und des Youngplanes zur Vertiefung zu bringen.